

Aus dem Sachsenlande.

— Ein Amnestiegesetz für Sachsen. Dem sächsischen Gesamtministerium liegt der Entwurf eines Gesetzes über eine Amnestie für Not- und Abtreibungsdelikte vor, der in den nächsten Tagen dem Landtage zugehen wird. Die „Sächsische Staatszeitung“ schreibt dazu: „Die Nachprüfung zahlreicher Gnabengesuche hat in den letzten Monaten in immer steigendem Maße ergeben, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse der straffällig gewordenen Volksgenossen ohne deren Verschulden von Tag zu Tag sich trostloser gestalten. Deshalb schlägt der Entwurf des Amnestiegesetzes vor, Strafen wegen Verfehlungen, die aus Not — aus ernster wirtschaftlicher Verdrängnis — begangen worden sind, zu erlassen, wenn sie von sächsischen Gerichten rechtskräftig erkannt worden sind und die erkannte Strafe nur in Festung oder Gefängnis von höchstens einem Jahre oder in Geldstrafe von höchstens 80.000 Mk. besteht. Unter denselben Voraussetzungen werden Strafverfahren wegen solcher aus Not begangener Straftaten niedergelegt. Im allgemeinen rechtfertigt sich auch eine Amnestie mit Straferlaß oder Niederlegung wegen Abtreibungshandlungen in den Grenzen der Strafmaß, wie bei Notdelikten. Unhängige Sagen, die voraussichtlich unter das Amnestiegesetz fallen werden, sollen vorläufig nur insoweit fortgesetzt werden, als die Erörterung von Tatsachen in Frage kommt, welche die Anwendung oder Nichtanwendung des Amnestiegesetzes zu begründen geeignet sind.“

— Dresden. Auf Anordnung des Amtsgerichts Dresden ist die Nr. 16 der „Sächsischen Landeszeitung“ vom 12. Mai 1923 wegen der darin enthaltenen Abhandlungen: „Wenn wir unser altes deutsches Heer noch hätten“ und „O heilige Einsicht“ beschlagnahmt worden.

— Leipzig. Der Rat hat den Haushaltsplan für 1923 beraten. Er weist einen Fehlbetrag von 18 Milliarden Mk. auf, über dessen Dedung noch Ungewißheit herrscht.

— Gaißhagen. Mit dem Fohrrad schwer verunglückt ist in Poppendorf das Dienstmädchen Emma Schilde aus Nobendorf. Sie hatte sich ein Fohrrad geliehen, um das Rad fahren zu erlernen. Als sie den Berg zum Sackhof hinabfuhr, verlor sie die Gewalt über das Rad und fuhr mit großer Wucht an das Haus des Bäckermeisters Raumann. Sie erlitt dabei einen schweren Schädelbruch.

— Frankenberg. Um Beschäftigungsmöglichkeiten für Erwerbslose zu schaffen, hat der Stadtrat beschlossen, eine große Anzahl Straßenstrüden zu beschottern und an einigen handeltüchtigen Häusern Reinigungsarbeiten vorzunehmen. Zur Durchführung dieser Reinigungsarbeiten hat der Rat 30 Millionen Mark bewilligt.

— Annaberg. Wie gemeldet, fanden hier am vergangenen Freitag Demonstrationen von Erwerbslosen statt. Der Rat ließ am Abend die grüne Polizei von Chemnitz kommen, die aber halb wieder abrückte. Aber diese Hilfe der Polizei zum Schutze friedliebender Bürger und der Behörden regt sich der kommunistische „Kämpfer“ auf und schreibt: „Wir fragen an, ob Herr Ministerpräsident Brüning diesen Aufmarsch der grünen Polizei gegen Erwerbslose unterstützt! Was gedenkt der Herr Ministerpräsident gegen die Verantwortlichen zu tun, die in so leichtsinniger Weise die Erwerbslosen provozieren und vor einem Blutbad nicht zurückschrecken! Will das „sozialdemokratische Sachsen“ an erster Stelle die Arbeitslosen mit blauen Bohnen füttern, dann werden die Arbeiter eine ernsthafte Sprache reden müssen.“

— Grünroda. Aus einem industriellen Werke in Grünroda ist Schwefelsäure in den Betriebsgraben und von da in die Mulde gelangt, durch die ein starker Fischsterben verursacht worden ist. Ob die Betriebsleitung ein Verschulden trifft, ist noch nicht aufgeklärt.

— Mittweida. Die Freiwillige Feuerwehr Mittweida, welche das ihren 16 dem Weltkriege zum Opfer Gefallenen gekistete Ehrenmal. Es ist dies eine am Gerätehaus angebrachte breite Steinplatte mit Bildhauerarbeit von der Fa. Spieß in Chemnitz. In der Mitte des kinnreichen und wertvollen Gedenksteins befindet sich eine Trauer und Dankbarkeit verkörpernde Frauenfigur, während rechts und links die Namen verzeichnet sind.

— Sebnitz. Das Landgericht Bougen verurteilte den Kaufmann Martin Endler von hier wegen Ausfuhrversuchs unter Verfassung mildernder Umstände zu zwei Jahren einem Monat Zuchthaus und 100.000 Mk. Geldstrafe, sowie zu 5 Jahren Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Endler galt für überführt, den Eierstamm nach der Tschechoslowakei im vergangenen Winter von seinem Geschäft aus geschmuggelt zu haben. Frau Endler und deren Schwägerin erhielten je 4 Monate 2 Wochen Gefängnis.

— Bauen. Hier treten die Masern epidemisch auf. In einzelnen Schulklassen fehlt ein Drittel der Kinder.

— Böbau. Das hiesige Seminar feiert Freitag, den 18. Mai, sein 50jähriges Bestehen in einfacher, würdiger Weise.

— Göhrzig. Am Sonnabend, den 12. Mai, fand im Schützenhaus zu Göhrzig eine gemeinsame Sitzung der Gemeindevertreter von Göhrzig, Hainichen und Untergöhrzig unter Vorsitz des Allenburger Kreisdirektors Böhme statt, zum Zwecke der Verschmelzung der letzteren Orte mit Göhrzig. Nach Verhandlung über verschiedene Aufnahmebedingungen wurde einstimmig beschlossen, die vom Thüringischen Ministerium angeregte Einverleibung sobald als möglich zu vollziehen, spätestens zum 1. Juli.

Deutscher Reichstag.

355. Sitzung vom 16. Mai.

Das Haus nimmt zunächst in allen drei Lesungen ein von sämtlichen Parteien beantragtes Gesetz über die Abfindung von Witwen in der Unfallversicherung an.

Die Gesetze über den Verkehr mit unedlen Me-

tallen, Edelmetallen, Edelsteinen und Perlen werden im wesentlichen in der Ausschussfassung in zweiter Lesung angenommen; ebenso das Reichsentlastungsgesetz, das Liquidationschädengesetz und die Ausgleichsgesetznovelle. Die dritten Lesungen werden zurückgestellt.

Das Haus wendet sich dann wiederum der dritten Lesung des Haushaltsplanes zu und nimmt zunächst eine Entschließung an.

Reichskanzlei und Auswärtiges Amt.

Zur Verhandlung gestellt werden darauf, während Reichskanzler Dr. Cuno und Außenminister von Rosenburg im Saale erscheinen, die Haushaltspläne für den Reichspräsidenten, den Reichskanzler, die Reichskanzlei und das Auswärtige Amt.

Abg. Müller-Franken (Soz.) glaubt, daß weite Kreise des Volkes es nicht verstehen würden, wenn der Reichstag in die Pfingstferien ginge, ohne zur auswärtigen Lage Stellung genommen zu haben. Es seien Noten gewechselt worden, aber der Terror im besetzten Gebiet habe zugenommen. Die Antwortnoten der Entente lassen noch Verhandlungsmöglichkeiten zu. Für die Garantierung der deutschen Leistungen müßte der Besitz der deutschen Kapitalisten weitgehend herangezogen werden. Die Landwirtschaft habe sich bereits schuldensfrei gemacht. Die Meinungen über die Endsumme sind in der deutschen und der englischen Note verschieden dargelegt, aber die Gegensätze können überbrückt werden. Eine internationale Anleihe wird nur erfolgen, wenn wir konkrete Garantien bieten, einen festen Zahlungsplan geben. Konkreter müssen wir werden mit den Garantien der Landwirtschaft und der Industrie. Bei der Endlösung wird auch

die Erfassung der Sachwerte

kommen müssen. Wir müssen selbst Angebote machen. Die Regierung muß auch die Initiative ergreifen zu Verhandlungen mit den Arbeitgebern und Arbeitnehmern über die Frage der vertragsmäßigen Rots- und Kohlenlieferungen. Der Redner fordert konkrete Vorschläge in der Sicherheitsfrage. Das Ziel der Verhandlungen muß natürlich Räumung der Ruhr auf kürzeste Frist sein.

Abg. Leicht (Bahr. Sp.) gibt im Namen der bürgerlichen Mittelparteien die Erklärung ab, daß der gegenwärtige Augenblick zu einer Debatte verfrüht sei. Man habe das Vertrauen, daß die Reichsregierung den Weg gehen werde, der in dieser Zeit notwendig sei.

Abg. Hergt (Dnl.) erkennt die Schwierigkeiten an, in denen sich die Regierung gegenüber den Noten befinden muß. In den Noten finden sich für uns unerträgliche Zumutungen. Die Deutschnationalen seien der Ansicht, daß bei allen Wünschen, die einmal angeklopften Häden nicht endgültig etwa abreißen zu lassen, doch unter den heutigen Verhältnissen für unsere Regierung

keine Möglichkeit für eine neue Note

besteht. (Zustimmung rechts.) Unsere Note vom 2. Mai ist auf ausdrückliches Verlangen der englischen Regierung erfolgt. Die Rede Lord Curzon sei ein hochoffizieller Akt gewesen. Damit habe England eine moralische Verpflichtung übernommen. Die gesamten abgetroffenen Hypotheken der Landwirtschaft betragen nur 15 bis 18 Milliarden Goldmark, also eine Summe, die für die Reparationen wenig ausmache. Die Entente würde jedes deutsche Angebot übertrumpfen, daher sei die Zurückhaltung richtig gewesen. Für uns gebe es keine Rheinlandfrage, auch kein Waffenniederlegen, keine Einstellung des passiven Widerstandes. Die Regierung muß noch einmal feststellen, daß wir daran festhalten und uns durch nichts beirren lassen. Wir wollen nicht unter das Joch der Entente gehen. Man will das deutsche Volk bis aufs Blut peinigen, damit es aus seiner furchtbar schwierigen Reserve herausgeht, damit es zu Explosionen kommt, die Frankreich die Möglichkeit zu rücksichtslosem Vorgehen geben. Jede Note an Frankreich sei völlig indiskutabel, aber auch eine Note an England sei unmöglich. Wir haben ein ehrliches Angebot gemacht und wollen nicht unehrlich werden. Der Redner spricht die Hoffnung aus, daß die Regierung den richtigen Weg finden werde und sagt ihr seine Unterstützung zu. (Beifall rechts.)

Die Regierung prüft.

Reichsminister des Außenwesens v. Rosenberg erklärt, daß er im gegenwärtigen Augenblick nicht in der Lage sei, Erklärungen zur auswärtigen Politik abzugeben. Die Prüfung der eingegangenen Noten sei noch nicht abgeschlossen. Es würde aber den Interessen des Landes widersprechen, wenn schon vorher Regierungserklärungen abgegeben würden. Das Haus könne überzeugt sein, daß die Regierung sich der schweren Verantwortung bewußt sei, die auf ihr lastet, und daß sie nur von dem einen Wunsch erfüllt sei, den Weg zu gehen, den ihr nach Pflicht und Ueberzeugung das Interesse von Volk und Vaterland vorschreibt. (Beifall!)

Abg. Koenen (Komm.) befragt ein Zusammengehen Deutschlands mit Rußland.

Abg. Wulle (dt.-völk.) behauptet, daß eine krasse Geheimpolitik in Deutschland getrieben werde. Ueber Leben und Tod des deutschen Volkes werde hinter verschlossenen Türen entschieden. Die englische und die italienische Note sollte man als Unverschämtheit zurückweisen. In Deutschland machen sich die Bolschewisten immer mehr breit.

Damit schließt die allgemeine Aussprache über die auswärtige Lage. Bei der Einzelbesprechung erklärt Abg. Herzfeld (Komm.) das Amt des Reichspräsidenten für überflüssig.

Darauf wird der Etat in der Gesamtabstimmung in dritter Lesung gegen die Kommunisten angenommen.

In dritter Lesung angenommen werden die Gesetze über den Verkehr mit edlen und unedlen Metalle-

ten, ferner das Reichsentlastungsgesetz, das Liquidationschädengesetz und das Reichsausgleichsgesetz.

Es folgt die zweite Beratung des Flüchtlingsleistungsgesetzes. Die Vorlage, die sich auf einem Antrag Dr. Böhme (Dem.), Dr. Gildemeister (D. Sp.) aufbaut, bestimmt, daß für die Ansiedlung der infolge der Abtretung deutschen Gebietes verdrängten Ansiedler, Pächter und Angestellten 40 000 Hektar Siedlungsland über die bisherige Fläche hinaus für das Jahr 1923 zur Verfügung gestellt werden soll.

Der Gesetzentwurf über die Brotversorgung im Wirtschaftsjahre 1923/24 wird dem volkswirtschaftlichen Ausschuss überwiesen. Präsident Böbe erhält die Ermächtigung, die nächste Sitzung selbständig einzuberufen.

Vermischtes.

* Der belgisch-französische Holzraub. Der „Matin“ veröffentlicht genaue Ziffern über den bisherigen französisch-belgischen Holzraub in den Wäldern der Rheinlande. Seit Anfang Januar sind ungefähr 200 deutsche Forstbeamte ausgewiesen worden. Die erste Holzversteigerung brachte ein Ergebnis von über 2,5 Millionen Franken. Am 5. April wurden über 35 000 Kubikmeter Holz versteigert, die über 3 Millionen Franken einbrachten. Am 12. April sind in Erier 52 000 Kubikmeter Holz verschleudert. Zusammen sind bisher sieben derartige Versteigerungen abgehalten worden, so daß der „Matin“ mit einem Jahresergebnis von rund 60 Millionen Franken rechnen zu können hofft.

* Rettung von den Franzosen ausgeraubt. In Kettwig sind starke französische Truppenabteilungen eingerückt. Das Rathaus wurde umstellt und mehr als 10 Millionen Mark beschlagnahmt. Weiter wurde noch ein Geldschrank mit einem Inhalt von 12 Millionen versteigert. Die französische Aktion hat den Zweck, die Stadt Kettwig auferlegte Geldbuße einzutreiben.

* Haifischfang an der bretagneischen Küste. Wie den Pariser Blättern aus der Bretagne gemeldet wird, sind an der dortigen Küste zahlreiche Scharen von Haifischen aufgetaucht, die unter der Fischerbeobachtung Schrecken verbreiten und großen Schaden anrichten. Der Schaluppe „Bille Cloie“ ist es gelungen, einen der Haifische zu erlegen. Er war sechs Meter lang, wog über 300 Kilo. Es ist eine Eingabe an das Unterstaatssekretariat für die Handelsmarine gemacht worden, damit dieses alle Maßnahmen ergreife, um die Fischerei an der bretagneischen Küste zu schützen.

Telegramme.

Berlin, 17. Mai. Das „D. Z.“ berichtet: In der Montagssitzung des Reichskabinetts wurde beschlossen, auf die in der letzten Note der englischen Regierung ergangene Anregung hin ein erweitertes Angebot an die Regierungen der alliierten Mächte zu richten. Man rechnet in unterrichteten Kreisen damit, daß die Absendung der neuen Note vielleicht schon am nächsten Sonnabend oder Anfang der folgenden Woche erfolgen kann. Das Kabinett Cuno wird auch diese neue Aktion durchführen, ohne irgendwelche Personalveränderungen in seiner Mitte eintreten zu lassen.

Berlin, 17. Mai. Der Reichspräsident hat aus dem Haag folgendes Telegramm erhalten: „Der Vorstand des Holländischen Bundes für Internationale Humanität und Gerechtigkeit, tief unter dem Eindruck des Effener Blutbades und der in Werden gefällten Schandurteile, bezeugt hierdurch seine wärmste Anteilnahme an dem Schicksal des ohnehin schon so schwer heimge suchten deutschen Volkes und spricht die Hoffnung aus, daß es sich in dieser Zeit schwerster Prüfungen einträchtig mit eisernem Willen behaupten wird. Im Namen des Hauptvorstandes (gez.) Dr. Rolandoel. (gez.) Dr. von Keneffe.“ Der Reichspräsident hat darauf erwidert: „Für die mir übermittelte warme Anteilnahme an den Gewalttaten im Ruhrgebiet sage ich aufrichtigen Dank. Das deutsche Volk hält einmütig erpeterbereit den Stürmen dieser schweren Zeit stand und vertraut fest auf den endlichen Sieg des Rechts.“ (gez.) Reichspräsident Ebert.“

Berlin, 17. Mai. Am Mittwoch Nachmittag fand in der russischen Botschaft die offizielle Trauerfeier für den in Lausanne erschossenen Sowjetdelegierten Worowski statt. Die offizielle Trauerfeier war auf 6 Uhr nachmittags festgesetzt. Von einer Tribüne herab sprachen Kijlow, der Vorkentende des russischen Wirtschaftsrates und der Vorkentende des russischen Botschafters Kresinski. Dann wurde der Sarg auf einen vierspannigen Leichenwagen getragen. Gegen 6 1/2 Uhr lenkte der Trauerzug in den Lustgarten ein. Unterdessen hatten sich die Deputationen dem Trauerzuge angeschlossen. Die Leiche Worowski wurde dann durch den Königsberger Schnellzug nach Rußland gebracht.

Berlin, 17. Mai. Im Anschluß an die letzttägige Bewilligung höherer Löhne hatten sich die Organe der Kohlenwirtschaft heute mit Preiserhöhungsanträgen zu beschäftigen. In Vorverhandlungen zwischen dem Reichswirtschaftsministerium, den Syndikaten und der Gewerkschaft des Reichskohlenverbandes wurde vereinbart, daß die in der Zeit vom 1. bis 15. Mai ohne Kohlenpreiserhöhung bewilligten höheren Löhne auch in den neuen, ab 16. Mai geltenden Preisen einen Ausdruck finden sollten. Die Preiserhöhungen ab 16. Mai sollten sich vielmehr nur auf der Linie der am 16. Mai eingetragenen Lohnerhöhungen bewegen. Es wird demgemäß erhöht der Preis netto ohne die zuzurechnenden Steuerzuschläge in: Rheinland Westfalen (Zettförderlohe) um 21,139 Mark, Aachen-Schweizer durchschnittlich 24,383 Mark, Aachen-Nordern durchschnittlich 28,733 Mark, Sachsen durchschnittlich 23,790 Mark, Niederschlesien durchschnittlich 19,110 Mark, Oberschlesien durchschnittlich 9890 Mark, Niedersachsen-Bawinghausen durchschnittlich 19,638 Mark, Mitteldeutsche und selbständige Braunkohle (Kohle) durchschnittlich 3772 Mark, desgl. Britetts durchschnittlich 11,730 Mark, Rheinische Braun-